

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

**Amtsblatt** der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts in Burzen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats in Bischofswerda und der Gemeindefürer des Bezirks. **Ältestes Blatt im Bezirk.** - - - Erscheint seit 1848.



**Anzeigebblatt** für Bischofswerda, Neutirch, Stolpen und Umgegend sowie für die angrenzenden Bezirke. - - **Wöchentliche Beilagen:** Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt. - - - Fernsprecher Nr. 22.

**Verlagsstelle:** Bischofswerda, Altmarkt 18.  
Jeden Montag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung monatlich Mk. 2.25, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 2.50; durch die Post bezogen einschließlich des Postgebührens Mk. 2.75 ohne Zustellungsgebühr.

**Verlagsdruckerei:** Amt Leipzig Nr. 21 542. - Gemeindefürer-Verbandsdruckerei Bischofswerda, Route Nr. 64.  
Im Falle eines Brandes - Brand oder sonstiger irgend welcher Art - hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Wiederherstellung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

**Anzeigenpreis:** Die gespaltene Grundzeile (100 Zeichen) 10 Pf. oder deren Raum 75 Pf. Die gespaltene Zeile 5 Pf. In Langzeilen (100 Zeichen) 15 Pf. Die gespaltene Zeile 10 Pf. Die halbspaltige Zeile 12 Pf. - Für bestimmte Tage oder Wochen wird keine Gewähr geleistet. - Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 102.

Dienstag, den 3. Mai 1920.

74. Jahrgang.

## Austritt bekannter Politiker aus der Demokratischen Partei.

Berlin, 30. April. (B. T. Z.) Eine Anzahl führender demokratischer Persönlichkeiten der Reichshauptstadt, u. a. Dr. Wiemer und Dr. Ruggan, haben ihren Austritt aus der Deutschen Demokratischen Partei und ihren Beitritt zur Deutschen Volkspartei vollzogen.

Nach der Liste, die in der „Tägl. Rundschau“ veröffentlicht wird, handelt es sich zunächst um 25 angesehene Persönlichkeiten Berlins. Außer den oben genannten ehemaligen Abgeordneten befinden sich unter ihnen der Ehrenbürger von Berlin, Paul Richelet und eine Anzahl Stadtverordnete. Nach dem „B. T. Z.“ sind inzwischen noch weitere dazugekommen.

Bevor der Austritt vollzogen wurde, richteten Dr. Ruggan und Dr. Wiemer einen Brief an die Deutsche Volkspartei, in dem es heißt:

Wir fühlen uns in unserem Gewissen verpflichtet, aus der Demokratischen Partei auszuscheiden. Die Erwartung, daß die Partei sich als Bahnbrecherin einer stetigen freiheitlichen Entwicklung, als Schutzwall der Ordnung und Staatssouveränität erweisen werde, hat sich nicht erfüllt. Die Haltung der parlamentarischen Vertretung der Partei bei bedeutenden Gesetzesvorlagen hat in weiten Parteikreisen Unmut und Mißtrauen hervorgerufen. Die Partei hat Mangel an Zielen, Festigkeit in der Haltung und Entschlossenheit in der Wahrung von Lebensinteressen des erwachsenen Bürgertums nur zu oft vermissen lassen. Die Zustimmung der Partei zur Ausrufung des Generalstreiks hat die schwersten grundsätzlichen Bedenken geweckt. Die Anwendung des Generalstreiks im politischen Kampfe führt letzten Endes zur Vernichtung des Staates und kulturellen Lebens. Nachdem der Parteiausschuß einstimmig die allgemeine Arbeitseinstellung gebilligt hat, haben wir uns zum Austritt aus der Demokratischen Partei genötigt.

Wir erwägen ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei. Im Wahlauftrag bezeichnet sich die Deutsche Volkspartei als liberale Bürger- und Arbeiterpartei, die die Versöhnung der Stände, den Wiederaufbau des Staats- und Wirtschaftslebens und die Zusammenfassung aller aufbauenden Kräfte erstrebt. Diesen Zielen wollen auch wir dienen. Wir wollen den Wiederaufbau auf dem Boden der in Weimar beschlossenen Verfassung und sehen voraus, daß die Deutsche Volkspartei bereit ist, jeglichen Versuch, die Verfassung gewaltsam zu ändern, mit Entschlossenheit abzuwehren. Wir wollen den Schutz der politischen Freiheit und die Verwirklichung der liberalen Grundsätze im Staatsleben. Wir sind der Überzeugung, daß nur eine zielklare, weitestgehende, liberale Politik, die den Forderungen der Zeit gerecht wird, einen erfolgreichen Wiederaufbau des Staats- und Wirtschaftslebens sichern kann.

Wir fordern die entschlossene Verteidigung der Wirtschaftsfreiheit. Für uns ist die Erhaltung und Stärkung der Eigenwirtschaft unerlässliche Voraussetzung für die wirtschaftliche Erneuerung. Wir wollen die nachdrückliche Abwehr der schweren Schäden, die im Gefolge der Revolution durch verfehlte Experimente aller Art, durch fortgesetzte Nachgiebigkeit gegen unverständige, die Grundlagen des Wirtschaftslebens erschütternde Forderungen, durch Schwächung des Arbeitswillens und durch Bähmung der Unternehmungslust heraufbeschworen sind. Wir wollen eine gesunde, warmherzige Sozialpolitik zum Besten unserer arbeitenden Volksgenossen, aber zugleich die entschiedene Bekämpfung des faulsten und unausführbaren marxistisch-sozialistischen Wirtschaftsprogramms. Wir wissen, daß die Mitwirkung der Arbeiter beim Wiederaufbau unentbehrlich ist, aber die Gefahr einer sozialistischen Mehrheit im kommenden Reichstag, das Streben nach Errichtung einer einseitigen Partei- und Klassenherrschaft der Arbeiter zwingen den Liberalismus zum Abwehrkampf gegen die Sozialdemokratie.

Wir halten ein freudiges Bekenntnis zum nationalen Gedanken für geboten. Ohne ein starkes, alle Volksschichten durchdringendes Bewußtsein nationaler Zusammengehörigkeit ist eine Selbstregierung des Volkes nicht durchführbar. Die Erhaltung der Reichseinheit ist uns oberstes Gebot. Unter Abweisung sozialistischer und nationalistischer Tendenzen wollen wir mitarbeiten an der nationalen Wiederaufrichtung unseres Volkes.

In dem Antwortschreiben der Deutschen Volkspartei heißt es: „Wir betrachten uns, wie wir in unserem Aufruf

zu den Reichstagswahlen zum Ausdruck gebracht haben, als eine liberale Bürger- und Arbeiterpartei und fühlen uns als Träger liberaler Grundsätze in politischer und kultureller Beziehung. Die Erhaltung und Stärkung der persönlichen Initiative im Wirtschaftsleben ist auch für uns unerlässliche Voraussetzung für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft. Auch wir halten dafür, daß eine weitgehende und warmherzige soziale Politik die Versöhnung aller Klassen erstreben muß, daß wir aber von einer marxistisch-sozialistischen Wirtschaftsauffassung nicht eine Förderung, sondern einen Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens erwarten müßten. Wir sind bereit, mit einer, die Staatsnotwendigkeiten und die organische und politische Entwicklung anerkennenden Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten. Um dem Bürgertum aber die führende Stellung oder zum mindesten die volle Gleichberechtigung in einem solchen Zusammenwirken zu ertämpfen, halten wir es für notwendig, den Kampf gegen die Sozialdemokratie und ihre Wirtschaftsauffassung mit aller Energie zu führen. Die Verbindung freiheitlicher und nationaler Gedanken sichert uns nach unserer Auffassung allein eine gute deutsche Zukunft. Wie in wiederholten Ausführungen auf unserer letzten Tagung betont wurde, sehen auch wir die Aufgabe der Gegenwart darin, eine große bürgerliche Partei zu begründen, die freiheitliche Auffassung nach innen mit der Befundung nationaler Würde nach außen vereint, jede Gewalt von rechts ebenso bekämpft wie jeden Unsturz von links, und auf dem Boden der Verfassung alle schaffenden Kräfte in unserem Vaterlande zu aufbauender Arbeit zusammenfaßt.“

Wie der B. T. Z. erfährt, beschäftigen auch an anderen Orten Persönlichkeiten, die eine Rolle im demokratischen Parteileben gespielt haben, zur Deutschen Volkspartei überzutreten. So planen in Leipzig bekannte Politiker, ihren Austritt zur Deutschen Volkspartei mit einer ähnlichen Erklärung zu vollziehen. In Burzen, Altenburg, Halle, Nürnberg, Dortmund und an anderen Orten machen sich gleichfalls Abspaltungsbemühungen in der Demokratischen Partei bemerkbar; auch dort stehen die Verhandlungen zwischen den in Frage kommenden Politikern und der Deutschen Volkspartei kurz vor ihrem Abschluß.

Leipzig, 3. Mai. Auch in Leipzig hat wie anderwärts die Demokratische Partei infolge ihrer sehr ansehnlichen Stellung innerhalb der Regierungskoalition und besonders infolge ihrer Proklamierung des Generalstreiks Verluste erlitten. Eine Anzahl Leipziger Bürger - darunter der Handelskammerpräsident Schmidt, drei Stadtverordnete und führende Männer der Industrie - veröffentlichten eine Erklärung, in der der Austritt aus der Demokratischen Partei und der Austritt der Unterzeichner zur Deutschen Volkspartei mit den tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten eingehend begründet wird, die sich im Verhältnis zur Demokratischen Partei im Laufe der Zeit herausgebildet haben.

## Die Maifeier

Dresden, 3. Mai. In Dresden ist der 1. Mai ruhig verlaufen. Die Straßen trugen im allgemeinen das Bild eines Feiertages. Die sozialistischen Parteien veranstalteten Demonstrationen und Massenversammlungen, in denen gleichlautende Entschlüsse angenommen wurden. Auch in Leipzig, Chemnitz und Plauen ist der Tag ruhig verlaufen.

Berlin, 3. Mai. (Eig. Drahtber.) Nach Drahtmeldungen aus dem Reich ist die Maifeier auch in Düsseldorf, Essen, Magdeburg, Halle, Leipzig, Königsberg, Hamburg und München allgemein ruhig verlaufen.

## Der 1. Mai in England.

wid. London, 2. Mai. (Reuter.) Aus Anlaß des 1. Mai waren Tausende von Fabriken und Werkstätten geschlossen. In allen Hauptorten wurden Kundgebungen veranstaltet. Auf einer großen Versammlung im Hyde Park wurden Reden in englischer, russischer, jüdischer, polnischer und französischer Sprache gehalten und ein Beschlus Antrag angenommen, der soziale Reformen und Frieden mit Ausland forderte.

## Zusammenstöße in Paris.

wid. Paris, 2. Mai. Anlaßlich der Maifeier kam es in Paris bei Kundgebungen zu Zusammenstößen mit der Polizei. Viele Personen und etwa 25 Polizisten wurden ver-

wundet. Etwa 50 Personen wurden verhaftet. Zwei Personen sollen getötet sein.

wid. Paris, 3. Mai. (Eig. Drahtber.) Die Polizeipräfectur teilt mit, daß bei den gestrigen Kundgebungen 102 Polizeibeamte verwundet und 103 Personen verhaftet worden seien. Nach dem „Bon Soir“ sollen gegen 4 Personen getötet worden sein. Gegen die Abgeordneten Blanc und Baillant-Couturier sei eine Strafverfolgung wegen Widerstand gegen die bewaffnete Macht eingeleitet worden.

## Polnische Demonstration in Oberschlesien.

Beuthen, 3. Mai. (Eig. Drahtbericht.) In ganz Oberschlesien fanden anlaßlich des polnischen Nationalfeiertages große polnische Demonstrationen statt, in deren Verlauf es in Radibor und Oppeln zu blutigen Zusammenstößen mit den Deutschen kam. In Radibor gab es eine größere Anzahl von Schwer- und Leichtverletzten. In Oppeln zählt man einen Toten und zahlreiche Verwundete.

Radibor, 2. Mai. Trotz Verbots der Verbandskommission zogen hier die Groß-Polen unter Führung des berühmtesten Mannes, unter denen sich viele Hallersoldaten befanden, mit polnischen Fahnen und Abzeichen durch die Stadt. Die deutsche Bevölkerung, die sich während der Maifeier streng an das Fahnenverbot gehalten hatte, forderte daselbst von den Polen, die dies ablehnten. Es kam zu heftigen Zusammenstößen, bei denen es auf beiden Seiten eine große Anzahl Schwerverletzter gab. Insbesondere wurden mehrere Beamte der Sicherheitspolizei, gegen die von den Polen täglich in der schlimmsten Form gehetzt worden war, so mißhandelt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Die italienische Besatzung griff erst spät ein und trennte die Kämpfenden. Die Polen zogen dann vor den Toren der Entente-Kommission, wo sie eine Kundgebung veranstalten wollten, aber gezwungen wurden, die Fahnen und Abzeichen abzugeben.

## Lloyd George über San Remo.

Amsterdam, 30. April. (B. T. Z.) Wie „Telegraaf“ meldet, gab Lloyd George gestern im Unterhause die mit Spannung erwartete Erklärung über die Verhandlungen von San Remo ab. Er sagte u. a. folgendes: Bevor die Verhandlungen in San Remo zusammentraten, waren einzelne Mißverständnisse entstanden, die an sich ernst genug waren, aber durch mutwilliges Hängen sehr struppeliger Personen doch noch viel ernster gemacht werden. Es freut mich aber, erklären zu können, daß die Luft wieder rein ist. Soweit ich sehen kann, ist jeder von den Ergebnissen in San Remo befriedigt.

Den Deutschen wurde mitgeteilt, daß von dem Augenblick an, wo die Truppenzahl im Ruhrgebiet auf die in der Note der Verbündeten vom 8. August 1919 angegebene Höhe zurückgebracht wird, die französischen Truppen Frankfurt am Main und Darmstadt verlassen. Die Konferenz beseitigte jeden Verdacht, daß der Vertrag von Versailles nicht zur Anwendung gebracht werden könnte. Wir beschloßen, erstmalig deutsche Minister zu einer Zusammenkunft mit Verbandsministern einzuladen, um verschiedene Fragen zu besprechen. Es besteht keine Meinungsverschiedenheit über die Entwaffnung, aber bei der Forderung auf Entwaffnung sieht man auf die große Schwierigkeit, daß vielleicht niemand in Deutschland eine genügende Macht besitzt, um diesen Beschluß auszuführen.

Was die Entschädigungsfrage anbelangt, so wünschen wir zu erfahren, welche Vorschläge Deutschland zu machen hat, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Wir wissen sehr gut, daß Deutschland bei seinem heutigen Zustande nicht bezahlen kann, aber wir wünschen zu sehen, daß es seine Verpflichtungen anerkennt und nachdenkt, wie es sie erfüllen kann. Lassen wir also den deutschen Minister nach Spa kommen mit dem einen oder anderen Vorschlag über die Summe, die Deutschland bezahlen kann, und über die Art der Bezahlung, oder wir lassen ihn einen anderen Vorschlag über die Abtragung der Verpflichtungen Deutschlands machen.

## Neues aus aller Welt.

- Eine traurige Statistik. In der Zeit vom 14. bis 20. März 1920 hat, wie die „Deutsche Medizinische Wochenschrift“ mitteilt, in einer Reihe deutscher Städte die Sterbeziffer die Geburtenziffer überschritten (Beuthen, Dortmund, Dresden, Elberfeld, R. Glöbbeck, Götting, Gotha, Harburg, Heilbronn, Hof, Kottbus, Offenbach, Osnabrück und Slettin).